

Donau-Post

Regensburger Nachrichten · Wörther-Falkensteiner Zeitung

Nummer 245

Cordula, Corinna, Ingbert – Samstag, 22. Oktober 2016 – Jeremias Gotthelf

1,70 € / B 2458 A

LOKALES

Donaustauf: Vortrag gibt Aufschluss über Lage der Türkei unter Erdogan **30**

REGIONALES

Bistum unterstützt Flutgeschädigte mit 5,1 Millionen Euro **12**

DIE SEITE DREI

Mars-Landegerät „Schiaparelli“ dürfte bei Aufprall explodiert sein

WIRTSCHAFT

Daimler dämpft trotz Auto-Absatzrekorden die Erwartungen **7**

SPORT

Negativserie des TSV 1860 München setzt sich beim VfB Stuttgart fort **50**

Handelsministerin von Kanada: Keine Chance für Ceta

Belgische Region Wallonie blockiert EU bei geplantem Handelsabkommen – Keine harte Linie gegen Putin

Brüssel. (dpa) Doppelter Rückschlag für den EU-Gipfel: Die 28 Staats- und Regierungschefs haben nicht zur Rettung des Handelspakts Ceta beitragen können und einigten sich auch nicht auf einen harten Kurs gegen Russland im Syrien-Konflikt. Besonders der Abbruch der Ceta-Verhandlungen droht die Union tiefer in die Krise zu stürzen.

Nach dem Gipfel blieb offen, wie die Union das Gezerre um Ceta bis zur geplanten Unterzeichnung des Handelsabkommens mit Kanada am kommenden Donnerstag beenden will. Wenige Stunden später folgte der Knall: Die kanadische Handelsministerin Chrystia Freeland erklärte, dass sie derzeit keine Chance mehr für das Abkommen sehe. Sie war zu Verhandlungen in der Wallonie, der belgischen Region, die sich querlegt und damit die Unterzeichnung von Ceta blockiert.

Die EU-Kommission versuchte, die Wogen zu glätten. „Ich bin wirklich traurig, dass die Gespräche gestoppt worden sind. Hoffe, noch eine Lösung zu finden, um Ceta zu unterzeichnen“, schrieb Handelskommissarin Cecilia Malmström bei Twitter. Der wallonische Regierungschef Paul Magnette sprach davon, „vielleicht eines Tages“ die Gespräche wieder aufnehmen zu können. Die EU-Spitzen fürchten um die Glaubwürdigkeit der Gemeinschaft als internationaler Partner. Würde Ceta scheitern, würde künftig wohl kaum noch ein solches Abkommen zustande kommen. Österreichs Regierungschef Christian

Kern sagte, die Debatte sei ein Signal, dass es so in der EU nicht weitergehen könne.

Belgien braucht für die Unterschrift die Zustimmung der Wallonie und die EU braucht die Unterschrift Belgiens. Einen von der EU-Kommission vermittelten Kompromiss hatte die Regionalregierung am späten Donnerstagabend abgelehnt und weitere Nachverhandlungen gefordert. Belgiens Regierungschef Charles Michel gestand ein, dass er in der Frage weitgehend machtlos sei. Magnette nannte als Streitpunkt unter anderem die in dem Abkommen vorgesehenen Schiedsgerichte. Die Vorbehalte Bulgariens und Rumäniens wurden hingegen mit der Zusage Kanadas für Visafreiheit ausgeräumt, wie EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker sagte.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) kam in ihrer Abschlusspressekonferenz zurück auf die Gipfeldebatte am Donnerstagabend über die EU-Linie gegen Russland wegen der Syrien-Politik. Sie hätte eine schärfere Formulierung zu möglichen Maßnahmen gegen Russland vorgezogen, sagte Merkel. Die 28 Staats- und Regierungschefs hatten sich aber nicht auf eine Drohung mit „restriktiven Maßnahmen“ einigen können, die Wortwahl wurde abgemildert. Merkel meinte dennoch, man werde, wenn nötig, auch wieder auf Sanktionen zurückkommen. „Um der Menschen willen wäre es mir recht, wir würden einen dauerhaften Waffenstillstand bekommen.“ **► Seite 6**



WEINERTE IN FRANKEN BESSER ALS ERWARTET: Die fränkischen Winzer holen in diesem Jahr deutlich mehr Trauben aus ihren Weinbergen als zum Erntebeginn erwartet. Die neuen Schätzungen gehen von einem Ertrag von 500 000 Hektolitern aus, teilte das Deutsche Weininstitut (DWI) mit Sitz in Bodenheim (Rheinland-Pfalz) mit. Das sind 19 Prozent mehr als im vergangenen Jahr und zwölf Prozent mehr als im langjährigen Durchschnitt.

Erfolgreiche Jugendsozialarbeit

An 24 Landkreisschulen sind 30 Sozialpädagogen tätig – Starke Vertrauensbasis

Wörth/Landkreis. (mox) Der Landkreis Regensburg hat bereits 2008 damit begonnen, an den Schulen, deren Trägerschaft er innehat, Sozialpädagogen anzustellen, die sich um Schüler kümmern sollen, die auf Unterstützung angewiesen sind, weil sie beispielsweise Probleme mit Mitschülern, Lehrern oder Eltern haben, oder dazu neigen, sich selbst zu verletzen oder die, im Extremfall, suizidgefährdet sind.

In 20 Vollzeit- und zehn Teilzeitstellen arbeiten mittlerweile 30 Sozialpädagogen an 24 Schulen im Landkreis Regensburg. Koordiniert werden sie von der Teamleiterin im Landratsamt, Yvonne Hruby. Die Pädagogen haben an den Schulen eigene Sprechzimmer und sind in der Regel von montags bis freitags während der Schulzeiten für alle Schüler zu sprechen.

Der große Vorteil dieser Ansprechpartner gegenüber ihrem Auftraggeber, dem Jugendamt, sei



Sozialpädagogin Claudia Konadl, hier bei der Begrüßung durch den Wörther Schulleiter Martin Voggenreiter im Juli 2015. (Archivfoto: Soller)

die starke Vertrauensbasis, die sie in den Schulen geschaffen hätten. Dies insbesondere durch ein vielfältiges Angebot an Projekten, bei denen die Schüler mitmachen und so Hemm-

schwellen abbauen könnten. Auch die Eltern seien fast immer kooperativ, weil sie merkten, dass es nicht gegen sie gehe, so Sozialpädagogin Claudia Konadl von der MS Wörth.

WETTER

Heute



11 | 1

Morgen



12 | 7

Ausführliches Wetter **► Seite 14**

Rätsel **► Seite 9**

Kindernachrichten **► Seite 44**

TV-Programm **► im Magazin**

Internet: www.idowa.de

Anzeigenservice • 09482/940 710

6 0 5 4 2

4 190652 701700

Vertriebsservice • 09421/940 6400

Bundestag beschließt Flexi-Rente

Längeres Arbeiten soll sich lohnen – Ausbau der Gesundheitsvorsorge

Berlin. (dpa) Längeres Arbeiten im Alter soll attraktiver werden – zum Nutzen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Erwerbstätige erhalten mehr Gestaltungsfreiheit beim Übergang vom Beruf in die Rente – etwa durch eine Kombination von Teilzeitarbeit und Teilrentenbezug. Diese können dadurch auch ihre Rentenansprüche weiter erhöhen. Für Arbeitgeber wird so die Möglichkeit geschaffen, dringend benötigte Fachkräfte im Alter länger an sich zu binden. Der Bundestag verabschiedete am Freitag das sogenannte Flexi-Renten-Gesetz. Begleitend solle mit der Neuregelung die Gesundheitsvorsorge der Erwerbstätigen verbessert werden. Matthias Birkwald (Linke) kritisierte in der abschließenden Debat-

te, für hart arbeitende Männer und Frauen etwa in der Metallindustrie oder in der Gebäudereinigung bringe die Flexi-Rente der großen Koalition nicht viel. Denn in der Metallindustrie scheidet ein Mitarbeiter im Schnitt mit 60 Jahren aus.

Für den geplanten Ausbau von Prävention und Reha gebe die Koalition der Rentenversicherung nicht ausreichend Geld. Das Flexi-Renten-Gesetz von Sozialministerin Andrea Nahles (SPD) atme „den Geist des Arbeitens bis zum Umfallen“, sagte Birkwald. Altersarmut werde so jedenfalls nicht entscheidend bekämpft. Markus Kurth (Grüne) hielt der Koalition vor, für gesundheitlich angeschlagene Beschäftigte mit der Teilrente nicht genügend zu tun. Das Gesetz werde

unter anderem zur Beruhigung des Wirtschaftsflügels der Union verabschiedet, der mit der Rente mit 63 unzufrieden gewesen sei. Carsten Linnemann (CDU) verteidigte die Flexi-Rente als Paradigmenwechsel: „Alter neu denken.“

Künftig wird mit dem Gesetz die Möglichkeit verbessert, ab dem 63. Lebensjahr – also vor Erreichen der Regelaltersgrenze – eine Teilzeitarbeit mit einer Teilrente zu ergänzen. Teilrente und Hinzuverdienst werden flexibel und individuell miteinander kombinierbar. Grundsätzlich können zur vorgezogenen Rente ab 63 jährlich 6300 Euro ohne Abzüge hinzuverdient werden. Darüber hinausgehende Verdienste werden zu 40 Prozent auf die Rente angerechnet. **► Seite 5**

Schärfere Kontrolle der Geheimdienste

Berlin. (dpa) Nach jahrelangen Abhöraffaires bekommt der Bundesnachrichtendienst (BND) strengere Regeln. Mit den Stimmen von Union und SPD billigte der Bundestag am Freitag ein entsprechendes Gesetz. Es sieht unter anderem die Schaffung eines externen Richter-Gremiums vor, das die vom BND eingesetzten Spionage-Suchbegriffe (Selektoren) überprüfen kann. Zugleich beschloss der Bundestag ein weiteres Gesetz, das die parlamentarische Kontrolle der deutschen Geheimdienste verbessern soll. Mit den Projekten zogen Union und SPD auch Konsequenzen aus dem NSA-BND-Skandal um Spionage unter befreundeten Staaten. Datenschützer und Netzaktivisten bemängeln, mit den Plänen würden breit angelegte Spionageaktionen erst legitimiert. **► Seite 5**